



Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/2906/2015**
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich
Datum: 11.09.2015

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032
Verfasser/-in: Michael Janitzki, Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Soziales, Sport und Integration		Beratung
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

Betreff:

Bauvorhaben in der Fuldastraße

- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 11.09.2015 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, sich dafür einzusetzen, dass beim geplanten Bauvorhaben der Wohnbau GmbH in der Fuldastraße mindestens die Hälfte der Wohnungen einen Mietpreis haben wird, der den KdU-Richtlinien des Jobcenters entspricht, und dass diese Wohnungen nur von diesem Personenkreis bezogen werden darf.“

Begründung:

Das Bauvorhaben mit 24 Wohnungen in der Fuldastraße wird die erste Maßnahme des Sanierungsprojektes Flussstraßenviertel sein. Es hat somit einen gewissen Modellcharakter, von dem eine Signalwirkung ausgehen kann - wie Herr Dr. Richter vom Stadtplanungsamt zutreffend beim letzten Runden Tisch festgestellt hat. Damit ein positives Signal ausgehen wird, müssen auch Menschen mit niedrigen Einkommen in die Lage gebracht werden, diese neuen Wohnungen bezahlen zu können. Die Wohnbau geht aber bei größtmöglicher Förderkulisse für diese Wohnungen trotzdem von einem zukünftigen Mietpreis von etwa 6,50 Euro pro m² aus. Damit hätte vermutlich die Hälfte der Menschen im Viertel keinen Zugang zu diesen Wohnungen, weil nach den

KdU-Richtlinien maximal 5,40 Euro pro m² für einen Ein-Personen-Haushalt als ein angemessener Mietpreis gelten.

Die zusätzlichen Kosten dafür sind m. E. für die Wohnbau oder für die Stadt erschwinglich. Denn nach Auskunft des Magistrats auf meine Frage in der letzten Stadtverordnetenversammlung würden für die Senkung des Mietpreises von 6,50 auf 5,40 Euro pro m² ungefähr 10 000 Euro weitere Kosten pro Wohneinheit entstehen. Die 120 000 Euro für insgesamt 12 Wohnungen sind finanzierbar, wenn man es wirklich will.

Michael Janitzki